

PRESSEMITTEILUNG

18. Dezember 2023

Gemeinsamer Bericht von EZB und ESRB: Banken und Versicherungen kommt Schlüsselfunktion beim Abbau klimabezogener Finanzstabilitätsrisiken zu

- Banken weisen umfangreiche Risikopositionen gegenüber privaten Haushalten und Unternehmen mit hohem CO₂-Ausstoß auf; künftige Klimarisiken sind unterbewertet und unterversichert
- Bestehende makroprudenzielle Instrumente können das systemische Risiko unter Kontrolle halten und die mikroprudenziellen Maßnahmen ergänzen
- Hohe wirtschaftliche Abhängigkeit von natürlichen Ökosystemen könnte die klimabedingten Finanzstabilitätsrisiken verschärfen

Die Europäische Zentralbank (EZB) und der Europäische Ausschuss für Systemrisiken (ESRB) haben heute einen gemeinsamen [Bericht über die Auswirkungen des Klimawandels auf das Finanzsystem der Europäischen Union \(EU\)](#) veröffentlicht. Der Bericht definiert detaillierte Rahmenwerke für den Umgang mit Finanzstabilitätsrisiken. Hierzu werden a) Erkenntnisse zu den wichtigsten Finanzstabilitätsindikatoren mithilfe eines Überwachungsrahmens und zugehörigem [Chartbook](#) zusammengetragen, die b) als wesentliche Größen in die Entwicklung einer makroprudenziellen Strategie zur Bewältigung des Klimarisikos einfließen, wobei c) die Perspektive der rein klimabezogenen Risiken um naturbezogene Risiken erweitert wird.

Bei der Steuerung und Verringerung von Finanzstabilitätsrisiken, die sich aus dem CO₂-Ausstoß in den Volkswirtschaften der EU ergeben, kommt den Banken eine Schlüsselrolle im Finanzsystem zu, heißt es in dem Bericht. Dies liegt daran, dass Banken verhältnismäßig viele Kredite an Sektoren vergeben, die in hohem Maße klimabezogenen Risiken ausgesetzt sind. Der Anteil der Bankkreditvergabe, der auf Sektoren mit einem hohen CO₂-Ausstoß entfällt, ist rund 75 % höher als der Anteil dieser Sektoren an der Wirtschaftstätigkeit. Emissionsintensive Sektoren sind also in den Kreditportfolios der Banken übermäßig stark vertreten. Ähnliches gilt für private Haushalte mit hohem CO₂-Ausstoß: An sie werden 60 % bis 80 % aller Wohnungsbaukredite im Euroraum vergeben.

Der Klimawandel wird zu einem immer wichtigeren Thema – nicht nur, weil die zunehmende Häufigkeit und Schwere von Wetterextremen schon jetzt unübersehbar ist, sondern auch, weil die Pläne für die grüne Transformation in Europa konkreter werden. Eine Neubewertung und Neubepreisung des Klimarisikos könnte über zahlreiche Kanäle, die stark von Klimarisiken betroffen sind, zu Instabilität im Finanzsystem führen. Möglich ist beispielsweise eine Übertragung von Klimaschocks über die globalen Wertschöpfungsketten. Zudem entstehen potenziell Ansteckungseffekte im Finanzsystem, da die beträchtliche Versicherungslücke bei klimabedingten Schäden die Banken und Finanzmärkte gleichermaßen zu einer Neuausrichtung ihrer Wertpapierportfolios veranlasst.

Im aktuellen Bericht wird eine robuste makroprudenzielle Strategie zur Bewältigung dieser Risiken gefordert. Ein systemweiter regulatorischer Ansatz würde sich nicht auf die Steuerung der Risiken im Bankensektor beschränken. Er würde auch die Risiken für die Kreditnehmer einbeziehen und zudem die Finanzintermediationsrisiken außerhalb des Bankensektors berücksichtigen. Zu diesen zählen insbesondere die Versicherungslücke und das Informationsdefizit, das durch eine verlässliche Klimaberichterstattung und strenge grüne Zertifizierungen zu beheben wäre. Ein systemweiter regulatorischer Ansatz würde zudem die bereits laufenden mikroprudenziellen Maßnahmen ergänzen, beispielsweise die Arbeit der EZB-Bankenaufsicht zur Bewältigung von Klima- und Umweltrisiken. Dabei könnten die vorhandenen makroprudenziellen Instrumente der EU genutzt werden. Insbesondere ließen sich klimabezogene Finanzstabilitätsrisiken mithilfe von Systemrisikopuffern oder Begrenzungen der Risikokonzentration gezielt und skalierbar bekämpfen.

Der Bericht befasst sich auch eingehend mit der Frage, inwieweit die Zerstörung der natürlichen Umwelt zusätzliche Risiken für die Finanzstabilität birgt. Wie eine detaillierte Betrachtung der Risikopositionen von EU-Finanzinstituten zeigt, entfallen 75 % der Bankkredite und über 30 % der von Versicherungen gehaltenen Unternehmensanleihen und Aktien auf Wirtschaftssektoren, die sehr stark von mindestens einer Ökosystemdienstleistung abhängig sind. Darunter fallen insbesondere Dienstleistungen im Zusammenhang mit Oberflächen- und Grundwasser, Bodenbefestigung und Erosionsschutz sowie Hochwasser- und Sturmschutz.

Der vorliegende Bericht folgt auf drei bereits veröffentlichte Berichte der EZB und des ESRB zum Klimarisiko. Er ist Teil einer umfassenderen Reaktion der EZB auf den Klimawandel.¹ Als regulatorische Maßnahmen beinhaltet diese Reaktion den jüngsten [gesamtwirtschaftlichen Klimastresstest](#) der EZB und die [an die beaufsichtigten Banken gerichteten Erwartungen zur Steuerung von Klima- und Umweltrisiken](#).

¹ Siehe EZB/ESRB, [Positively green: Measuring climate change risks to financial stability](#), Juni 2020; EZB/ESRB, [Climate-related risk and financial stability](#), Juli 2021 und EZB/ESRB, [The macroprudential challenge of climate change](#), Juli 2022, die auf der Website des ESRB abrufbar sind.

Mediananfragen richten Sie bitte an [Clara Martín Marqués](#) (Tel. +49 173 3790591).

Anmerkung

- Das Joint Research Centre (JRC) der Europäischen Kommission hat ebenfalls wesentlich zu diesem Bericht beigetragen. Über die Forschungsarbeiten des JRC zu den finanziellen Risiken im Zusammenhang mit dem Klimawandel und der bedrohten Artenvielfalt informiert die [JRC-Website](#).

Europäische Zentralbank

Generaldirektion Kommunikation

Sonnemannstraße 20, 60314 Frankfurt am Main, Deutschland

Tel.: +49 69 1344 7455, E-Mail: media@ecb.europa.eu

Internet: www.ecb.europa.eu

Nachdruck nur mit Quellenangabe.